

## Familienpolitische Informationen vom 23.06.2009

Die Entlohnung von Erzieherinnen ist seit Monaten umstritten. Die FAZ kommentiert heute:  
<http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E71323D8EC3034FA183BF5DC161E6C6EF~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Bemerkenswert ist das u.a. das zweite Foto des Beitrags. Eine Demonstrantin trägt eine Tafel mit der Aufschrift: "Wir sind keine Spielantenn! Wir erziehen, fördern, unterstützen, lehren, bilden, beraten ... u.s.w. KINDER und ELTERN!"

Verkürzt: "Wir (die Erzieherinnen) erziehen ... lehren ... bilden ... die Eltern."

Der Anspruch, selbst die Eltern, also die Kunden einer Einrichtung, noch erziehen und belehren zu wollen, ist heikel. Vielleicht erklärt sich so, dass das Online-Handbuch 'Kindergarten-Pädagogik' die Eltern als eine wesentliche psychische Belastung von Erzieherinnen nennt. Zitat: "Häufiger hingegen sind Konflikte mit den Eltern. Diese werden als stärker belastend angesehen - insbesondere dann, wenn sich Eltern bei der KT-Leitung beschweren. Die Konflikte sind oft Ergebnis einer ungünstigen Kommunikation zwischen pädagogischen Fachkräften und Eltern ... Verschärft werden die Belastungen durch eine wahrgenommene zu geringe Anerkennung der Arbeit, eine Einmischung der Eltern und deren zu geringe Mitarbeit."

<http://www.kindergartenpaedagogik.de/1556.html>

So entstehen Konflikte: Eltern erwarten dienstbare Dienstleisterinnen, die sie entlasten, während manche Erzieherin sich als Erziehungsberechtigte und Lehrerin von erwachsenen Eltern versteht.

Die Union setzt nun möglicherweise an, die Verhältnisse klar zu stellen. Nach Behauptung von SPIEGEL ONLINE steht im Entwurf des Wahlprogramms 2009 - 2013: "Den Kindergartenbesuch wollen wir ... für das Jahr vor der Einschulung verpflichtend machen. "

<http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/0,1518,631552,00.html>

Dann käme der Erziehungsauftrag von Staat, und die Eltern wären weder Kunden noch Erziehungspartner, sondern ablieferungspflichtige Subjekte. Wir versuchen gerade zu klären, ob die Union tatsächlich mit dieser Ankündigung von Zwang gegen Eltern um Wählerstimmen werben möchte.

--

Dr. Johannes Schroeter  
Landesvorsitzender,  
Familienbund der Katholiken in Bayern

Landesgeschäftsstelle:  
Rochusstr. 5  
80333 München  
Tel. 089-2137-2226  
Fax 089-2137-2225  
[www.familienbund-bayern.de](http://www.familienbund-bayern.de)

